

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

21.9.1875 (No. 221)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 21. September.

No. 221.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1875.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit Allerhöchster Staatsministerial-Erlassung, d. d. Schloß Baden, den 13. Septbr. 1875, Nr. 1419, den Bezirksförster Jakob Schmitt in Bretten auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen, treuen Dienste in den Ruhestand versetzt.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 21. August cr. Allerhöchstdigst geruht, den Hauptmann Freiherrn v. Puttkamer vom 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113 und den Rittmeister v. Hobe vom 2. Badischen Dragoner-Regiment Markgraf Maximilian Nr. 21 zu Ehrenrittern des Johanniter-Ordens zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Ragusa, 19. Sept. Aus slavischer Quelle wird gemeldet: Die Insurgenten wurden in zwei Gefechten zum Rückzuge genöthigt und gingen auf Sciumma zurück. Das zweite Gefecht fand bei Glasli statt, wobei 1400 Türken gegen 800 Insurgenten kämpften. Letztere geben ihren Verlust auf 50, den der Türken auf 200 Mann an.

† Anin (in Dalmatien bei Zara), 19. Sept. Nach hier eingegangenen Nachrichten von der bosnischen Grenze ist bei Tiscovac in der Nähe von Gradowo ein Aufstand ausgebrochen. Die Insurgenten zündeten ein türkisches Blockhaus an, dessen Besatzung entfloh. In Bosnien soll sich der Aufstand im Westen ausbreiten.

† Konstantinopel, 19. Sept. Die „Agence Havas-Neuter“ meldet, daß sich die Konjunktur Oesterreichs, Deutschlands und Italiens in Trebinje befinden und demnächst nach Stolica abgehen sollen. Die Versuche dieser Delegirten-Gruppe, die Insurgenten in direkten Kontakt mit dem türkischen Kommissar zu bringen, begegneten bisher Schwierigkeiten. Dagegen waren die Insurgenten im Distrikte Nevesinje für die Ermahnungen der Konjunktur Russlands, Englands und Frankreichs empfänglich. Endgültige Aeußerungen dieser Konjunktur sind erst möglich, bis sie auch mit den Insurgenten im Gebirge von Gacko verkehrt haben werden, wohin sie gestern abgegangen sind. Dieselben hoffen gleichfalls demnächst in Stolica einzutreffen.

Deutschland.

Berlin, 16. Sept. Die „Nat.-lib. Korr.“ schreibt: Nach den neuerdings in die Presse gekommenen Mittheilungen über den Reichshaushalt-Etat von 1874 stellt sich nunmehr für dieses Jahr definitiv ein Ueberschuß von 48 1/2 Millionen Mark heraus, von denen 16 1/2 Millionen bereits zur Deckung der Ausgaben von 1875 angewiesen worden sind, während noch 32 Millionen Mark als disponibler Ueberschuß in den Etat von 1876, der dem nächsten Reichstag vorgelegt wird, eingestellt werden können. Diese sehr beträchtliche Summe erweckt die Hoffnung, daß die Bilanz der Einnahmen und Ausgaben für das nächste Jahr sich nicht allzu bedenklich stellen wird, oder daß der etwaige Ausfall an Zöllen und Reichsrenten die Matritularbeiträge nur etwa zu der Höhe bringen wird, welche schon in diesem laufenden Jahre erreicht worden wäre, wenn der Reichstag nicht für 1875 eine Steigerung der Matritularbeiträge abgelehnt und statt dessen ein Drittel der Ueberschüsse von 1874 zur Herstellung des Gleichgewichts verwandt hätte. Der Hauptpunkt ist freilich, wie sich die Einnahmen und Ausgaben für 1875 stellen werden. Eine Uebersicht derselben, wenigstens für die ersten drei Quartale, wird beim Zusammentritt des Reichstags sicher gegeben werden können. Je nach dem Resultat dieser Uebersicht wird es vielleicht schon im Schooße des Bundesraths zweckmäßig erscheinen, die bekannnten beiden Steuerprojekte abermals zu vertragen, oder aber man wird, durch das schlechte finanzielle Resultat veranlaßt, auf die Projekte näher eingehen. Für diesen letzteren Fall darf wohl auf einen hauptsächlichlichen Gesichtspunkt aufmerksam gemacht werden. Fast alle Parteien stimmen darin überein, daß es wünschenswerth wäre, die Matritularbeiträge als eine höchst unvollkommene Besteuerungsform möglichst bei Seite zu schaffen und sie durch Reichssteuern zu ersetzen. Worin liegt nun gleichwohl die Schwierigkeit, diesen allgemeinen Grundsatz praktisch zur Anwendung zu bringen? Sie liegt in dem Mangel an Verbindung zwischen der Finanzleitung des Reichs und den Finanzleitungen der Einzelstaaten. Ließe sich dem Reichstag ein Vorschlag unterbreiten, wodurch nicht bloß von Reichswegen eine neue Steuer eingeführt, sondern zugleich entsprechende Steuerbeiträge in den Einzelstaaten abgeschafft würden, so wäre es leicht, das allseitig anerkannte Ideal zu verwirklichen, wonach das Reich seine Bedürfnisse durch eigene Steuern soll decken können. Aber leider stehen einem Vorschlage der bezeichneten Art formelle und materielle Hindernisse entgegen, und doch kann keine gewissermaßen Reichsvertretung in gewöhnlichen Zeiten eine Reichssteuer acceptiren, ohne daß eine entsprechende Entlastung in der Besteuerung der Einzelstaaten stattfindet, weil ja sonst das Resultat einfach eine Steigerung der Gesamtsteuerleistung wäre. Diese Schwierigkeit, eine Aenderung im Reichs-Steuerwesen entsprechend auf das Steuerwesen der Einzelstaaten wirken zu lassen, ist es, woran alle Steuerprojekte des Bundesraths vorberhand scheitern müssen. Die

einzigste Frage wäre, ob das, was formell heute nicht durchzuführen ist, vielleicht auf dem Wege von nicht formellen, aber bindenden Besprechungen und Verhandlungen zwischen der Mehrheit des Reichstags und den Vertretern der Einzelregierungen erreicht werden könnte. Mit anderen Worten, eine neue Reichssteuer wird immer nur möglich sein, wenn die preussische und etwa noch die bayrische Finanzleitung die Zustimmung geben könnten, daß eine der geforderten Mehrbelastung entsprechende Erleichterung der Steuerlast in den von ihnen verwalteten Bundesstaaten dargeboten werden wird. Ohne solche moralische Garantie dürften alle Verhandlungen über neue Reichs-Steuerprojekte für geraume Zeit auf leerem Strohdreschen hinauskommen!

* Berlin, 17. Sept. Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Zoll und Steuern, sowie für Handel und Verkehr treten morgen in Berathung über die in Aussicht genommenen Steuerprojekte. Während die bisherigen Erörterungen in den Ausschüssen einen lediglich informativem Charakter hatten und sich damit mehr zu einem Meinungsaustausch gestalteten, wird man nunmehr in die materielle Berathung, und zwar an der Hand der jetzt fertig gestellten Referate eintreten. Bezeichnend für die Stellung Preussens ist es, wenn die diesseitigen offiziellen Organe mit großer Betonung darauf hinweisen, daß der Anstoß zu den Steuerentwürfen von Sachsen-Weimar ausgegangen sei, welches mit Hinweis darauf, daß schon in den laufenden Jahren die Reichssteuern in ihren Erträgen hinter denen des Vorjahres erheblich zurückgeblieben seien, eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs erzielen wollte. Vor Allem wird es sich darum handeln, den Nachweis zu führen, daß die Voraussetzungen, von denen der weimarische Antrag ausgegangen ist, völlig zutreffen. Es wurde schon früher mitgetheilt, daß Preußen der ganzen Frage gegenüber eine ziemlich reservirte Haltung eingenommen hat. Bisher ist es aus derselben nicht herausgetreten. Bemerkenswerth ist, daß offiziöse Korrespondenzen sich bemühen, zu versichern, daß es sich bei Verdoppelung der Brausteuern-Sätze nur um diejenigen Staaten handle, für welche das Gesetz vom 31. Mai 1872 gegeben sei, sie also für Süddeutschland keine Gültigkeit habe. Dies wird indessen nur in gewissem Sinne zutreffen, und auch die süddeutsche Staatsgruppe würde von dem neuen Entwurf nicht unberührt bleiben. Uebrigens hat sich herausgestellt, daß die beabsichtigte Erhöhung der Brausteuern-Sätze eine Revision des ganzen Brausteuern-Gesetzes unvermeidlich machen würde. — Der Minister des Innern wird bis morgen hier zurück erwartet, und damit ist, abgesehen vom Ministerpräsidenten, das Staatsministerium vollständig wieder hier anwesend. Der Minister des Innern wird zunächst die Ernennung des Präsidenten und der Räte des obersten Verwaltungsgerichts vornehmen, welches mit dem 1. Oktober d. J. in's Leben tritt. Für dasselbe ist bereits ein zweckentsprechendes Gebäude vorläufig miethweise in der Oranienstraße erstanden worden. — Es ist nunmehr auch eine Bestimmung des Ministers des Innern darüber zu erwarten, welche Gegenstände in den Staatsministerial-Berathungen für die nächste Landtags-Session vorgeschlagen werden sollen. Es besteht die Absicht, die Reform-Gesetzgebung auf die westlichen Provinzen auszudehnen; doch bleibt abzuwarten, wie sich das Staatsministerium dazu stellen wird, und es ist anzunehmen, daß eine Entscheidung über diese Frage nicht vor der Rückkehr des Fürsten Bismarck zu den Geschäften getroffen werden wird.

† Berlin, 18. Sept. Die „Börsezeitung“ konstatirt, daß trotz des knappen Geldstandes von der Preussischen Bank zur Zeit noch keine Diskontenerhöhung in Aussicht genommen worden sei.

* Berlin, 18. Sept. Am künftigen Mittwoch wird hier die Delegirtenkonferenz der deutschen Seehandels-Plätze ihren Anfang nehmen, um Schritte gegen die schwebeländerischen Agitationen zu unternehmen. — Die Berathungen, welche im Kultusministerium zwischen den Chefs desselben und dem Präsidenten des Oberkirchenraths über die Synodalverfassung stattfinden, haben durch ein Unwohlsein des Präsidenten Hermann eine kurze Unterbrechung erfahren. Man hofft, am Montag die Arbeiten fortzusetzen und gegenüber der bisher angebotenen Verständigung in etwa zwei Tagen zu beenden. Wie die Dinge jetzt stehen, gewinnt es an Wahrscheinlichkeit, daß man in Gemäßheit früherer Absichten die Generalsynode schon Ausgangs Oktober wird berufen können. — Die jüngst erwähnten, von dem Bundesrath zu erlassenden Verordnungen über die Einziehung kursirender Landesmünzen werden in der nächsten Plenarsitzung des Bundesraths zum Abschluß gebracht werden. Es ist nicht anzunehmen, daß die Entwürfe von irgend einer Seite eine Beanstandung finden möchten. — Die Arbeiten für das Reichs-Eisenbahn-Gesetz im Reichs-Eisenbahn-Amt werden eifrig gefördert. Der vielfach angegriffene Art. 20 des vorläufigen Entwurfs (Entschädigungen für Zerstörungen zu Kriegszwecken), welcher übrigens zur Zeit in fast ganz Norddeutschland geltendes Recht (§ 43 des preussischen Eisenbahn-Gesetzes vom 3. Nov. 1838) enthält, wurde von dem Präsidenten des Reichs-Eisenbahn-Amts auf Grund der inzwischen gemachten Ermittlungen schon vor Beginn jener Vorberathung als in Wegfall kommend bezeichnet. Auch

bezüglich mehrerer anderer Bestimmungen von finanzieller Tragweite dürfte, wie die „Post“ vernimmt, den laut gewordenen Wünschen und Bedenken in beruhigender Weise Rechnung getragen werden, während sich die Aussichten für eine Vermittlung der prinzipiellen Gegensätze über die Grundlage und Tragweite des Gesetzes bisher nicht vermehrt haben. Diese Gegensätze gipfeln bekanntlich darin, daß nach der einen, auch auf Kompetenzbedenken beruhenden Meinung das Eisenbahn-Gesetz im Wesentlichen nur Normativbestimmungen, auch zur Ausfüllung der Lücken der Partikulargesetzgebung, geben, die Reichsaufsicht auf dem bisherigen Fuße belassen und den Staatsbahnen hier und da eine Exemption gewähren soll; die andere Ansicht aber ein dem Bedürfnis des Reichs entsprechendes, der weiteren Entwicklung Raum lassendes Eisenbahn-Gesetz verlangt, welches bei möglichst paritätischer Behandlung von Staats- und Privatbahnen eine wirksame, organisch gegliederte Reichsaufsicht anordnet. Auf der letzteren Auffassung beruhe auch der im Reichs-Eisenbahn-Amt ausgearbeitete „vorläufige Entwurf“ und habe gerade hierfür in weiten Kreisen, auch bei mehreren Regierungen, Beifall gefunden. Es soll dieser Standpunkt auch bei der weiteren Bearbeitung des Entwurfs im Wesentlichen maßgebend geblieben sein.

* Berlin, 18. Sept. In hiesigen diplomatischen Kreisen sieht man für die nächsten Tage einem Memorandum des neuen spanischen Ministers des Aeußern, Grafen Casabaltia, entgegen, in welchem derselbe das politische Programm des neuen Kabinetts darlegen wird. — Von maßgebender diplomatischer Seite wird bestimmt versichert, daß gegenwärtig zwischen sämtlichen Pariser Traktatmächten hinsichtlich der Herzegowina-Frage und der Erhaltung, eventuell Verbesserung des Status quo die vollkommenste Uebereinstimmung herrscht. Man erwartet ferner, daß angesichts der entgegenkommenden Haltung der Mächte die schwebenden Fragen sich ohne Konferenz der Mächte auf gewöhnlichem diplomatischen Wege werden regeln lassen.

* Berlin, 18. Sept. Die Reise des Kaisers nach Italien kann jetzt erst als fest beschlossene Sache betrachtet werden; die Reise erfolgt von Baden-Baden aus, vielleicht schon am 1. wo nicht, spätestens am 3. Oktober. Der Aufenthalt des Kaisers am Hofe des Königs von Italien in Mailand wird drei Tage währen. Wie man uns versichert, gewänne es an Wahrscheinlichkeit, daß Fürst Bismarck sich dem Gefolge des Kaisers anschließen wird; anscheinend legt man auf italienischer Seite darauf einen besonderen Werth.

† Berlin, 19. Sept. Nach Mittheilungen aus Schlesien sind gestern die Feldmanöver des 5. und 6. Armeecorps in der Gegend von Brechtshof zu Ende geführt worden. Um denselben beizuwohnen, begaben sich gestern früh der Kaiser und der König von Sachsen in Begleitung der andern hohen Herrschaften von Liegnitz zu Wagnen auf das Manöverterrain, wo dann die bereitstehenden Pferde bestiegen wurden. Wie verlautet, hat der Kaiser beim Schluß des gestrigen Manövers über die Leistungen der Truppen und ihrer Führer eine sehr ehrende Anerkennung ausgesprochen. Mittags kehrten die hohen Herrschaften wieder zu Wagnen nach Liegnitz zurück, wo um 2 1/2 Uhr im Schlosse ein déjeuner dinatoire stattfand. Nach Aufhebung der Tafel geleitete der Kaiser und die Königl. Prinzen den König und den Prinzen Georg von Sachsen, sowie den Prinzen August von Portugal, Herzog von Coimbra, zum Bahnhofe, von wo die erlauchten Gäste, nach gegenseitiger herzlichster Verabschiedung der hohen Herrschaften, ihre Rückreise nach Dresden antraten. Bald darauf erfolgte auch die Abreise des Erzherzogs Albrecht von Oesterreich und des Prinzen Arthur von Großbritannien, Herzogs von Connaught, nach Wien, sowie des Kaisers, des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin und der Königl. Prinzen nach Berlin. Hier trafen der Kaiser und die ihn begleitenden hohen Herrschaften gegen 10 Uhr Abends ein. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin begab sich vom niederschlesischen Bahnhof in das Königl. Schloß, nahm dort das Souper ein und setzte um 11 1/2 Uhr seine Reise nach Schwerin fort. Der Kronprinz fuhr noch gestern Abend zu seiner Familie nach Potsdam und kam heute Vormittag wieder hieher. Die andern Königl. Prinzen übernachteten in Berlin.

Heute Mittag 11 1/2 Uhr ist der Kaiser in Begleitung des Kronprinzen, sowie der Prinzen Karl, Friedrich Karl und Albrecht von hier mittelst Extrazuges der Hamburger Eisenbahn zu den Manövern des 9. Armeecorps nach Rostock abgereist. Die hohen Herrschaften gedenken, am Samstag, den 25. d. M., Abends 11 Uhr, aus Mecklenburg in Berlin wieder einzutreffen.

* Straßburg, 19. Sept. Nach einem dieser Tage ausgegebenen Rundschreiben hat sich dahier eine Sutturale der „Allgemeinen Pariser Kreditbank“ (Banque générale de Crédit) gebildet, welche ihren Stammsitz in der Rue Lafayette 7 zu Paris hat. Das hier etablierte Zweighaus will sich lediglich auf den Kauf und Verkauf von Werthpapieren und auf die einschlägigen Operationen beschränken und sich mit einer Kommissionsgebühr von 12 1/2 Cent. für Umsätze unter 100 Fr. zc. begnügen. Der Pariser „Bank- und Bör-

Bermischte Nachrichten.

Strasburg, 19. Sept. Die auf nächsten Dienstag festgesetzte Versteigerung der 'Strasburger Papierfabrik' findet nach notarieller Kundmachung bis auf Weiteres nicht statt.

Schlettstadt, 17. Sept. In schrecklicher Weise wurde gestern Vormittag in den noch stehenden Resten der Festungswerke ein 11jähriges Mädchen, das daselbst eine Kuh weidete, von einem Wüstling überfallen, mißbraucht und dabei durch Würgen getödtet.

Am Unterhein, 18. Sept. Am 16. d. M. fand zu Langmeil in der Pfalz ein Zuchtvieh-Markt statt, der von einer großen Anzahl Zuchthiere des Donnerberger Windviehgeschlages besetzt war.

Wien, 17. Sept. Das herrliche Herbstwetter, dessen wir uns zur Zeit erfreuen, ist von einem wenigstens für unsere Stadt sehr seltenen Wechsel der Temperatur begleitet.

München, 20. Sept. Der König bestimmte die Eröffnung des Landtags am 28. September durch den Prinzen Luitpold. Eine Thronrede wird hierbei nicht gehalten.

Nachricht.

Pesth, 18. Sept. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung den Abfertigung des Ausschusses unverändert und mit großer Majorität angenommen.

Pesth, 19. Sept. Dem Abgeordnetenhaus überreichte der Finanzminister den Budgetvorschlag pro 1876. Derselbe entwickelte dann in dreifünfdiger Rede ein Exposé über die Finanzlage.

Freiburg, 18. Sept. Der Personenverkehr auf der Freiburger-Altreisbacher Eisenbahn ist auch dieses Jahr ein recht lebhafter. Besonders an den Sonn- und Feiertagen war dieser Sommer hindurch der Zubring sehr stark.

Paris, 20. Sept. Eine gestrige Versammlung von Vertretern der republikanischen Presse in Troyes beschloß eine Petition wegen Aufhebung des Belagerungszustandes und Vorlegung eines Pressegesetzes einzureichen.

Moulins, 19. Sept. Bei dem heute Vormittag stattgehabten Empfange der Behörden durch den Marschall-Präsidenten richteten der Präsident des Generalraths und der Maire von Moulins Ansprachen in republikanischem Sinne an denselben.

Madrid, 19. Sept. Nach hier eingegangenen offiziellen Berichten hat die Brigade Casola am 17. d. 3500 Karlisten unter dem Befehle Gamundi's geschlagen.

Konstantinopel, 18. Sept. Ein Telegramm des Vasil von Bosnien aus Mostar vom 13. Sept. an das Kriegsministerium meldet, daß die Insurgenten am 8. d. M. bei Visegrad angegriffen, geschlagen und in wilde Flucht verjagt wurden.

Frankfurter Kurszettel. (Die fettgedruckten Kurse sind vom 20. Sept., die übrigen vom 18. Sept.)

Staatspapiere.	
Preußen 4 1/2 % Obligationen	105 1/2
Baden 5 % Obligationen	105
4 1/2 %	101 3/4
4 %	96 1/2
3 1/2 % Oblig. v. 1842	92 1/2
Bayer 4 1/2 % Obligationen	101 1/2
4 %	94 1/2
Württemberg 5 % Obligat.	105 1/2
4 1/2 %	101 1/2
4 %	96 1/2
Raffau 4 % Obligationen	96 1/2
Gr. Hessen 4 % Obligation.	99 1/2
Deft. 5 % Silberrente	66 1/2
Zins 4 1/2 %	63 1/2
5 % Papierrente	63 1/2
Zins 4 1/2 %	63 1/2

Aktien und Prioritäten.

Babische Bank	105 1/2	5 % Rahr. Grenz-Pr. i. E.	—
Frankf. Bankverin	78	5 % Böhm. Westf. Pr. i. Silb.	83
Deutsche Vereinsbank	78	5 % Elbab. Pr. i. E. 1. Em.	88
Provinzialbank	78	5 % do.	82 1/2
Darmstädter Bank	126 1/2	5 % do. steuerfr. neue	84 1/2
Oesterr. Nationalbank	885	5 % do. (Reunmarkt-Ried)	—
Württemberg. Vereinsbank	118 1/2	5 % Donau-Drau	62
Oesterr. Kredit-Aktien	189 1/2	5 % Erz. -Zof. -Prior.	84 1/2
Ritt. deutsch. Kreditbank	94 1/2	5 % Komp. Rud.-Pr. v. 67/68	78 1/2
Rheinische Kreditbank	94 1/2	5 % Komp. Rud.-Pr. v. 1869	74 1/2
Basler Bankverein	86	5 % Österr. Kredit-Pr. i. E.	84 1/2
Frankf. Bank	80	Lit. B.	69 1/2
Westfäl. Bankverein	80	Borarlberger	71 1/2
Sutgartener Bank	108	5 % Ungar. Ostf. Prior. i. E.	59 1/2
Deutsche Creditbank	108	5 % Ungar. Rudofst. Prior.	68 1/2
Dtr. deutsche Bank	79 1/2	5 % Ungar. Galiz.	65 1/2
4 1/2 % bayr. Ostf. a. 200 fl.	115 1/2	Ungar. Sil.-Anl.	78
4 1/2 % Pfälz. Bahnbahn 500 fl.	—	5 % Österr. Süd-Lomb.-Pr.	81 1/2
4 1/2 % Bess. Ludwigsbahn	99 1/2	3 % Österr. Süd-Lomb.-Pr.	47 1/2
3 1/2 % Oberhess. Eisenb. 350 fl.	74	5 % Österr. Staatsb.-Pr.	97 1/2
5 % Österr. Erz. Staatsb.	248 1/2	5 % Österr. Staatsb.-Pr.	64 1/2
5 % „ Süd-Lombard.	93 1/2	3 % Österr. Staatsb.-Pr.	41 1/2
5 % „ Nordwestb.-M.	131 1/2	5 % Rheinische Hypotheken-	101 1/2
5 % Elbab. Eisenb. 3200 fl.	116 1/2	bank-Pfandbriefe	—
5 % Rhod. Eisenb. 2. E. 200 fl.	172 1/2	4 1/2 % Pacific Central	87 1/2
5 % Böhm. Westf.-M. 200 fl.	144 1/2	6 % South Missouri	61 1/2
5 % Erz.-Zof. Eisenbahn	144 1/2	—	—
Galizier	158	—	—

Ausländische Loose und Prämienanleihen.

Eölz-Mindener 100-Thaler-	111 3/4	Deft. 4 % 250 fl. Loose v. 1854	114
Loose	—	5 % 500 fl. v. 1860	122 1/2
Bayer. 4 % Prämien-Anl.	126	100 fl. Loose v. 1864	311. —
Babische 4 % do.	124 1/2	Ungar. Staatsloose 100 fl.	175.40
30 fl. Loose	151. —	Kaab-Grözer 100 Thlr.-Loose	—
Braunsch. 20-Thlr.-Loose	84.40	Schwedische 10-Thlr.-Loose	48
Großh. Hessische 50 fl.-Loose	108.40	Finnländer 10-Thlr.-Loose	42.20
25 fl.	—	Weiminger 7 fl.-Loose	19.80
Ansbad-Gunzenhau. Loose	26.80	3 % Oldenburger 40-Thlr.-L.	116 3/4

Wechselcourse, Gold und Silber.

London 100 Sch. Et. 200	203.60	Holland. 10 fl. Et. Mtl.	16.80—85
Paris 100 Frs. 400	80.80	Ducaten	9.55—60
Wien 100 fl. Österr. W. 4 1/2 %	181.40	20-Francs-St.	16.22—26
Disconto . . . i. E. 4 1/2 %	—	Engl. Sovereigns	20.40—45
Preuß. Friedrichs' or Mtl.	—	Russische Imperial	16.69—74
Pistolen	16.50—55	Dollars in Gold	4.17—90
—	—	Dollarcoupon	—

Berliner Börse, 20. Sept. Kreditaktien 380.50, Staatsbahn 480.—, Lombard 188.—, Disc. Commanbit 154.75. Lenz: —.

Wiener Börse, 20. Sept. Kreditaktien 215.50, Lombard 108.—, Staatsbahn —, Anglobank 110.50, Napoleons' or 8.93 1/2. Lenz: reservirt.

New-York, 20. Sept. Gold (Schlusskurs) —.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite 1.

Verantwortlicher Redakteur:
Paul Kreyßhmar in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.
Aenderung der Abonnementsnummer.

Dienstag, 21. Sept. 3. Quartal. 101. Abonnements-
vorstellung. Eingetretener Hindernisse wegen statt „Der
Kaufmann von Benedig“: Die Jäger, ländliches Sittenge-
mälde in 5 Akten, von Jffland. Anfang 1/2 7 Uhr.

Theater in Baden.
Mittwoch, 22. Sept. Czarr und Zimmermann, komische
Oper in 3 Akten, von Lorzing. Anfang 1/2 7 Uhr.

